

Rahdener Wochenblatt

Erscheint wöchentlich dreimal, und zwar Dienstags, Donnerstags u. Sonnabends und kostet 1,50 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger zugestellt 24 Pfg. mehr.

(Dieleringer Zeitung)
Amtliche Zeitung des Kreises Lübbecke.

Anzeigen kosten die 6-gelapptene kleine Druckzeile oder deren Raum 15 Pf. (Reklamazeile 30 Pf.) und werden bis Montag, Mittwoch und Freitag vormittag 10 Uhr erbeten.

Druck und Verlag: G. Kohnowski Wwe., Rahden.

Telefon Nr. 11.

Postfach-Nr. 13124 Hannover.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Kohnowski, Rahden.

Nr. 59.

Sonnabend, den 17. Mai 1919.

40. Jahrgang

Gegen den Gewaltfrieden.

Weitere Protestkundgebungen gegen den Ententefrieden.

In Berlin veranstalteten die Reichsvereinigungen am Dienstag nachmittag auf dem Lustgarten eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden. Von der Freitreppe des Reichstagsgebäudes sprach der Abgeordnete Richard Fischer, der in überaus energiegeladener Weise die Unannehmlichkeit der Friedensbedingungen darlegte. Der Andrang zu der Kundgebung war so groß, daß von der Stelle aus Ansprachen an die Arbeitermassen gerichtet werden mußten. Nach Schluß der Kundgebung zog ein Demonstrationszug, an dem etwa 8-10.000 Personen teilnahmen, zur Reichstagskammer, wo Ministerpräsident Scheide mann von Balkon aus eine Ansprache an die Arbeiter hielt. Im Reichstagshof fand eine massenhafte Kundgebung statt, die der Dank und gemeinsam mit dem Bürgerrat von Groß-Berlin veranstaltete. Abg. Prof. Dr. Fischer sprach über die verhängnisvollen und unerfüllbaren Bedingungen der Entente. Mit einem flammenden Protest und patriotischen Reden wurde die Verarmung gelöst, deren Teilnehmer sich zu einem gewaltigen Demonstrationszug zusammenfanden. Nach dieser Zug bewegte sich zum Reichstagspalast, wo abermals Ministerpräsident Scheide mann die Gelegenheit wahrnahm, eine letzte Ansprache an die Teilnehmer der Friedensfrage zu richten.

Der Tag kam es nach den Kundgebungen zu einigen bedauerlichen Zwischenfällen. Vor dem Hotel Adlon sammelten sich einige Hundert Reichswehrmänner, die laute Verwünschungen gegen die dort verammelten Ausländer ausließen. Die Menge sang „Deutschland, Deutschland über alles“, „Die Wacht am Rhein“ u. dgl. Regimentsgruppen wurden auf Automobilen herangeführt, die die Demonstranten vor dem Hotel aufhielten.

Die Unabhängigen und der Frieden.

Die Unabhängigen Sozialistische Partei Deutschlands hatte am Dienstag abend in 30 Lokalen Berlin Kundgebungen abgehalten, in denen bekannte Führer der Partei über die Frage, warum das deutsche Volk den Frieden unterschreiben müsse, sprachen. Es wurde keine Entschließung gefaßt, da nach Ansicht der Mehrheit eine „papierne Resolution“ ohne Wirkung auf das Ausland bleiben würde. Um aber der Entente die Stimmung des Proletariats bekannt zu geben, schloß man zum Schluß der Kundgebungen zu einer Abstimmung, ob der Friedensvertrag angenommen sei oder nicht.

Entschlüsse deutscher Gewerkschaften.

Die Kundgebungen der einzelnen Parteien und Arbeitervereinigungen schloßen sich Stunden von Entschlüssen der deutschen Gewerkschaften und Interessengemeinschaften an, ein beiderseitiges Handeln dafür, wie einschneidend die Friedensbedingungen in unser wirtschaftliches Leben sein würden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund legt in einem besonderen Beschlusse auf das Entschiedenste Verwahrung gegen die Friedensbedingungen der Entente, insbesondere gegen die geforderte Abgabe von Reichsgewalt, ein. Die Gewerkschaften der verschiedenen Provinzen, das kolonialwirtschaftliche Komitee, die selbstständigen Gewerkschaften, Vertreter der deutschen Gewerkschaften, Handels, häusliche und Kreis-Gewerkschaften aus Gegenden Deutschlands sind durchdrungen von einer flammenden Entschlossenheit, mit dem von den Entente besetzten Gebiet gehen ohne Rücksicht auf die Gefahr von dem polnischen Joch.

Das Auge der Nacht.

(1) Nachdruck verboten.

28. Kapitel.

Gerettet.

Mit geschlossenen Augen den Tod erwartend, lag Witte in seinem Bett, die Hände gefaltet, als ein Lichtschein seinen schmerzlichen Schlaf entgegenbrachte. Denn vor ihm tauchte die blutdürstige Wespe, alle Muskeln anspannend, mit funkelnden Werten den hilflosen Mann betrachtend, den sie sich zum Opfer auswählte. Schon drückte sie sich zum Sprunge, als sie plötzlich einen wilden Schrei vernahm, der sie aus dem Schlaf riss, und mit dem Schweiß die Erde peitschend, den Kopf zum Himmel richtete.

Ein lautes Schreien ward vernommen, und von unheimlicher Hand entsetzt, durchbohrte ein Geschloß das Auge des launehaftenden Tieres, das sich überstürzt und dann über den Rand des Bettes in die Tiefe stürzte. Seine unentdeckte Bestimmung gab Nannin das volle Bewußtsein zurück und erweckte gleichzeitig den Wunsch in ihm, zu ergründen, wem er seine Rettung verdankte. Und diesem Vorhaben, lugte er ins Tal hinab, aber was er auch sah, zeigte ihm, daß er nicht der Urheber der Gefahr war, ja, daß er insularen vom Regen in die Traube gekommen. Wohl wußte er die mächtige Leuchte in der Landschaft, doch wußte er nicht, daß eine unterirdische Braut, die Gestalt — ein Aufstehen, mit Wogen und Speer bewaffnet, Nannin so sich hängte zurück, allein das starke Auge des Wilden hatte ihn bereits erfaßt; ein

Das Todesurteil.

Der Meinungsabtausch mit Clemenceau.

Reichsminister Graf von Brockdorff-Rungau verfaßte am Dienstag die gesamte deutsche Delegation, um ihr Mitwirken zu machen über die Stellungnahme, die er bei den Friedensverhandlungen einzunehmen gedachte. Im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der deutschen Nationalversammlung hielt er den Friedensvertrag in seiner jetzigen Gestalt für unannehmbar, erklärte sich jedoch bereit, die gerechtfertigten Ansprüche unserer Feinde bis zur Grenze der Möglichkeit zu befriedigen. Dieser Gedanke beherrschte die Voten, die Graf Rungau hieran verlas und am Dienstag dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau mitteilte.

Die erste Note behandelt die wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages und dem wirtschaftlichen Programm hinsichtlich der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages. In der Angelegenheit der wirtschaftlichen Bestimmungen heißt es unter anderem:

„Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen; das wäre gleichbedeutend mit einem Anstieg von 21 Prozent der Getreidepreise in diesen Lebensmitteln. Hierüber würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität fast zurückgehen. Einmal würde die Kultur von bestimmten Weizenfrüchten, die deutsche Düngemittelindustrie, wie Viehzucht, erstickt, dann würde diese, wie jede andere Industrie, unter Kohlenmangel leiden. Der Friedensvertrag führt vor, daß wir ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren, außerdem werden uns für die ersten 10 Jahre ungeheure Abrechnungen an Kohle an bestimmte alliierte Länder auferlegt.“

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrage fast drei Viertel seiner Eisenproduktion und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Stahl an bestimmte alliierte Länder abtreten.

Nach dieser Grundidee an eigene Produktion, nach der wirtschaftlichen Vorgehensweise durch den Verlust der Kolonien, der Handelswege und der auswärtigen Verhältnisse, wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Jagd würde daher in einem gewaltigen Umfang erschöpfen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmitteln einfallen erheblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen, außerordentlich sinken würde.

Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schiffsahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern; das ist aber technisch unmöglich, zumal die viele der wichtigsten Länder der Welt gerade wegen der deutschen Umwandlung leben würden. Außerdem müßten Hunderttausende ausgewiesener Deutschen aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten sowie aus den abgetretenen deutschen Territorien und Kolonien nach dem übrig bleibenden deutschen Gebiet einströmen.

Weichen die Friedensbedingungen durchgeföhrt, so bedeutet das einfach, daß

viele Millionen Menschen in Deutschland zu Grunde gehen müßten.

Dieser Prozeß geht sich nicht ein, da durch die Wende während des Krieges und deren Verhängnis während des Waffenstillstandes die Vorkriegslage wieder hergestellt ist.

Der Friedensvertrag unterschreibt, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.“

Außer dieser allgemeinen Verurteilung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Bevölkerungsproblem ließ der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Clemenceau eine weitere Note zu geben, in der

häßliches Geringes überlag sein parlamentarisches Gesicht und drohend schwebte er seine Waffe. Nun war jede Aussicht auf Rettung verloren, dachte Nannin, denn der braune Teufel würde sicher nicht zögern, den so unheimlich entsetzten Mann in einem Augenblick in die Welt des Jenseits zu befördern. Nannin versuchte er auf beide Seiten, aber es blieb alles still. Hatte ihn der wilde Wille nicht bemerkt, oder war er gegangen, seine ohne Zweifel nicht fernem Genossen herbeizurufen, damit sie sich mit ihm an der Todesqualen seines Opfers weiden könnten?

Schon überlegte Nannin, ob er nicht ein anderes Versteck suchen sollte, als er das Gefährt herabstiegender Schritte vernahm und als er darauf das abstoßend häßliche Gesicht des Aufstretenden über dem Festland aufblitzte, schloß er. „Gott sei Dank“, dachte Nannin, „dieser Teufel ist nicht so leicht zu fassen.“

Wohl aber schloß er sich nicht auf eine feste Stimme an sein Tier. „Nannin“, rief er, „du hast das Todesurteil unterschrieben, das ich dir nicht auf den Kopf bringen werde.“

die Verpflegung Deutschlands zur Wiedergutmachung auf Grund der Note des Staatssekretärs Konig vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege, behandelt wird, zu der die Ausführungen des Friedensvertrages in scharfem Widerspruch ständen. Graf Brockdorff-Rungau leitete die Note u. a. ab:

„Die deutsche Delegation vermag nicht anzuerkennen, daß aus dieser Schuld der Feindern deutschen Völkern an der Entzerrung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden könne. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben jedoch wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden solle.“

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternehmen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg kein Verbrechen, sondern ein Verbrechen der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Völkern nicht geteilt. Die Vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alliierte oder assoziierte Schuld an diesem Kriege zuzurechnen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet. Keinerlei Beweise werden für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Verdicts der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.“

Eine dritte Note über das Saargebiet. Eine dritte Note des deutschen Delegationsrat Graf Brockdorff-Rungau an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau behandelt die Frage der Gebietsabtretungen und des Saargebietes. Die deutsche Delegation lehnt die Grundlage, wonach sich die alliierten Regierungen bei der Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrages stützen, von den Grundlagen ab, nach denen die alliierten Regierungen die Friedensbedingungen aufgestellt haben, nicht in Zweifel, sie behält sich aber das Recht vor, auf die Bedingungen hinzuwirken, die nach ihrer Auffassung mit der Gerechtigkeit der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen. Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfs, die sich auf die Abtretung verschiedener Teile des Reichsgebietes beziehen. In der umfangreichen Note wird ausgeführt:

Die deutsche Delegation vertritt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über territoriale Änderungen, die im Friedensvertrag enthalten sind, der Grund der nationalen Selbstbestimmung aufgeführt werden kann, weil gewisse, bisher von deutscher Seite abgetretene Gebiete, die belgische, die polnische, die nicht deutschen Gebiete, die in der Frage von Selbstbestimmung nationale Gründe anführen, wenigstens die deutsche Delegation nicht einleitet, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die wahren Deutschland und Danemark zu regierende Gewalten zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen.

Die Verhängung der Saarprovinz. Die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung erhebt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reiches, die nicht an Selbstbestimmung von einer Bevölkerung trennen Stammes bewohnt sind. Der allein Grund, der es für uns unmöglich macht, durch den Friedensvertrag zu dem Zweck, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Sieger Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschaffen, ist, daß es die bloße Gegenstände oder Ziele in einem Ziel wären.

Während dieses im holländischen Raubtierweiss vorbrachten Redeschmales beschallte der Hof den verbleibenden Rest seines Herrn, die geschlossene Stelle fortzuführen, unterfand. „Nun, Nannin“, sagte er, den wahren Geist erkennend, „diesmal ist es noch auf abgemacht. Das hier Peter Gutes Schicksal hat das Glück nicht durchlaufen. Wenn der Wolf auch an einer anderen Stelle getroffen hätte, wäre er nicht ein toter Mann. Aber diesmal nicht — diesmal nicht!“

„Und der Leibarzt, Dr.?“ fragte Nannin mit schwachem Lächeln. „Du bist wirklich ein tüchtiger Jäger.“ Der Deutsche antwortete verneinend auf dieses Lobes, denn bisher hatte sein Herr ihm in dieser Beziehung sehr wenig anvertraut. „Ja, Nannin, die hat es gemerkt, daß der alte Wolf noch zu schätzen versteht. Ich will dir nur fünf das Fell abgeben, das es heute ist. Und dir auch nur fünf und schloß. Ich habe hier ganz sicher, und diesmal bleibt dir am Leben!“

Nannin wußte, daß dir sich zu auf das alte Brautkleid umkleiden, um sich zu täuschen; er sollte nicht auf, daß die Wirkung des Giftes nachgelassen hatte und er demnach nicht sterben würde. Und so verfuhr er auch in diesen Fällen, trenn behielt von dem alten Wolf. Sein Freund, der weisse Mann, hatte ihn verlassen, ihn mitten in der Wüste einem elenden Lohr vorbeigegen, während sein Anblick, ein armer Mann, unheimlicher Vorwurf, daß seiner Wärme und treulich bei ihm Wache hielt, bereit, das eigene Leben für die Sicherheit seines Herrn hinzugeben.

„Nannin“, rief er, „dieser verabschiedete dich nicht dem Entschluß, dem Mann der Wälder, von Stolz, trufen können: „Wir Wälder sind doch bessere Menschen!“

Dies gilt insbesondere von dem Saarbesen. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestritt niemand. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entbrechende Grenze Gold wird verfügen können. Es dürfte in der Geschichte der neueren Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine abwärts illierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angelegenheiten für eine Summe Geldes unter fremde Herrschaft zu bringen.

Ertrag der Saarbesen durch Ruhrkohlen.
Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für die Fortführung der nordfranzösischen Bergwerke einzustehen werden muß. Sie ist bereit, sobald mit den alliierten und assoziierten Regierungen in Verhandlungen darüber eingetreten, wie der Absatz in der Kohlenförderung der ebenfalls von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung der zerstörten Straßen, zu der sie sich verpflichtet hat, erliegt werden kann. An Stelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohlen würden deutsche Kohlen und zwar nicht nur Saarkohlen, sondern auch Ruhrkohlen zu liefern sein.

Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine solche Kohlenlieferung zwischen ein Volkman treffen ließe, das allen berechtigten Forderungen Frankreichs Genüge tue.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die belgischen Wägen in vollem Umfang zu machen; es kann daher seinen Grund darin sehen, weshalb es gewonnen sein will, Belgien, Frankreich sowie die belgischen Eupen und Malmédie abzugeben. Die Volksabstimmung, mittels deren man die ungeweihten deutschen Bevölkerung der Kreise schenken eine Mitbestimmung an ihrem künftigen Schicksal geben will, hat nach den vereinbarten Friedensgrundlagen keine innere Berechtigung.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über territoriale Veränderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen.

Die Friedensdelegationen Minister Landsberg und Gieseler erläuterten in der Mittwochsitzung des Kabinettsrats Bericht über ihre persönlichen Eindrücke in Versailles und nahmen an der Beratung der weiteren deutschen Gegenwünsche teil.

Troßung mit der Waffenstillstandsbedingung.
In der letzten Sitzung des Kabinettsrats wurde die Forderung des Waffenstillstands beschlossen, falls Deutschland nicht unterzeichnet. Wie aus dem Gekündeten wird, ist Marschall Petain, nach dem vollstänndigen General in Frankreich, zurückgetreten.

Zur Friedensfrage.
Die vorgeschlagene Arbeiterkonferenz in Versailles als gleichzeit.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht ist am Mittwoch abend der deutschen Delegation zugegangen. Clemenceau bediente sich in der Antwortnote sehr vorföhrlicher Worte, um die Stimmung der Arbeiterschaft, die der Entente heute am Herzen liegt, zu schonen, aber sie bedeutet doch eine vorläufige Ablehnung nicht bloß des deutschen Vorschlages, sondern auch der wirklichen Forderungen der Weltarbeiterschaft, die von der Berner Konferenz formuliert worden sind und auf Antrag der deutschen Gewerkschaften in den deutschen Vorschlag übernommen wurden. Vor allen Dingen wird die geforderte Einberufung einer Arbeiter-Friedenskonferenz parallel und gleichzeitig mit der Diplomatenkonferenz in Versailles abgelehnt.

Wie in der Antwortnote mitgeteilt wird, soll im nächsten Oktober eine internationale Arbeiterkonferenz nach Washington berufen werden, die die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden, erörtern wird. Die alliierten Regierungen sind der Meinung, daß die Sorgen der deutschen Delegation hinsichtlich der gerechten Behandlung der Arbeiterfragen unberechtigt sind. Wie überhaupt in jeder Ententeantwort, so wird auch hier betont, daß die alleinige Entscheidung der Regierung trifft und daß den Arbeitern kein Mitbestimmungsrecht zustehen wird. Im übrigen wird an den einzelnen Punkten des deutschen Vorschlages in der Weise vorbegegangen, daß behauptet wird, die allein Anregungen seien nicht weiter oder nicht einmal so weit gegangen, wie das Ententeprogramm eines internationalen Arbeiterrechts.

„Entwurf“ und „Text“.
In der Antwort Clemenceaus auf die deutsche Arbeiterrechts-Note befindet sich eine sehr interessante Stelle. Es wird dort zum ersten Male von einem „Entwurf“ der Friedensbedingungen gesprochen, während es bisher immer nur „Text“ der Friedensbedingungen hieß. Damit ist zum ersten Male die Abänderbarkeit des vorgelegten Friedensentwurfes von der Entente anerkannt.

Zur Annahmeplan gegen Deutschland fertig.
Die Entente hält es angeht, die energischen Protestsituationen für nötig, erneut auf die bevorstehenden militärischen Maßnahmen hinzuweisen, die bei Ablehnung der Friedensbedingungen sofort in die Wege geleitet werden sollen. Wie der „Chicago Tribune“ aus St. Louis berichtet wird, gab der amerikanische Oberst Walworth vom Stabe der dritten amerikanischen Armee in einer Mitteilung eine Erklärung bezüglich der angestrebten Pläne für den Fall, daß die amerikanischen Truppen neuerdings in intervenieren müssen. Er erklärte, daß eine amerikanische Division so aufgestellt werden, daß sie die Rheinbrücke von Remagen, eine andere die beiden Rheinbrücken von Koblenz überschreiten können. Auch die englischen und belgischen Truppen hätten bereits Vorbereitungen für den Fall eines Vormarsches gegen Deutschland im Falle des Nichtaufnehmens des Vorstiebes getroffen.

„Chicago Tribune“ meldet, daß Marschall Petain von Clemenceau an den Rhein zurückgekehrt wurde, um alle Vorbereitungen für einen weiteren Vormarsch im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zu treffen.

Zeit einigen Tagen werden von Frankreich nach dem besetzten Deutschland fortgesetzt Blitze mit Kanonen dirigiert. Auf einem Bahnhof des Hainnau wurden in weniger als 12 Stunden zehn Kanonenschwere Artillerie geschloß. Belgien hat fünf Kanonenschwere wieder einberufen. 5000 Waggons mit Munition, die in Belgien liegen, dürften noch immer nicht freigegeben werden, da die Herbeileitung der Entente ihre Einwilligung verweigert.

Eine Kistenkubage auf dem Königsplatz in Berlin.

Donnerstag nachmittag fand vor dem Reichstagsgebäude eine von Generalenführern der veranfaßte genossige Protestkundgebung gegen die Friedensbedingungen der Entente statt. Eine ungeheure Menschenmenge füllte den weiten Raum des Königsplatzes aus. Das eindrucksvolle Geknall aller Glocken Berlins gab das Zeichen, daß die Fester eröffnet war. Als bald spielten fünf Musikbänken zu gleicher Zeit vaterländische Weisen, denen alle Anwesenden andächtig zuhörten. Vertreter aller Parteien hielten Ansprachen, die alle in einem Gedächtnis unvergesslicher Freude für das deutsche Volk ausgingen. Nach Annahme einer diesbezüglichen Entschließung begaben sich Abordnungen der einzelnen Grenzschutzvereine zur Reichsanstalt und dem Ministerium des Innern, wo sie durch Ministerpräsidenten Scheidemann und Reichspräsidenten Ebert empfangen wurden.

Beratungen des Friedensvertrages im Kabinettsrat.
Der Kabinettsrat beschäftigte sich am Mittwoch insbesondere mit den territorialen Fragen des Friedensvertrages. Zu den Gerüchten, wonach innerhalb des Kabinetts Schwierigkeiten beständen über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen, läßt die Regierung erklären, daß in der völligen Letztentscheidung in der Entscheidung besteht. Nach dem Mitglied für jede der fünf Grenzschutzvereine, um die Einwände der Deutschen gegen den Friedensvertrag zu beraten.

Die bevorstehenden neuen Voten der deutschen Friedensdelegation.
Aus Versailles wird gemeldet, daß die deutsche Friedensdelegation am weiteren Voten arbeitet. Die sämtliche Punkte des Friedensvertrages berühren. Die nächste Note dürfte von Elsass-Lothringen sowie den übrigen Gebietsfragen handeln. Außerdem ist in Vorbereitung eine Note über die Frage der Kohlen- und Eisenindustrie und über die Erbschaftssteuer.

Intervention des Papstes.
Der päpstliche Nuntius Pacelli in Vindien ersucht den Papst unermüdlich dazuzusetzen, daß die Deutschland von Verbands auferlegten Friedensbedingungen dessen völligen Wille und die graumane Vergewaltigung von 70 Millionen Deutschen bedeuten. Der Papst wird gebeten, Schritte zu tun, um das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang zu bewahren.

Die österreichische Friedensdelegation ist am Mittwoch nachmittag in St. Germain angekommen.
Ihre Empfangsvollzug lag in ungefähr gleichen Formen, aber mit freundlicheren Worten als jenezeit der Deutschen in Versailles. Ihre Wohnung ist auch weniger streng, ebenso ihre Verpflegung. Sie haben den Willen und Bestimmung des Journalisten Eberhard Weinach untergebracht und dürfen auch einen Teil der berühmten Terrasse mit dem schönen Blick auf Paris benützen. Man glaubt im allgemeinen, daß sie bald untergezeichnet werden, noch vor den Deutschen.

Politische Rundschau.
— Berlin, den 15. Mai 1919.

Die deutsch-österreichische Partei war an den Donnerstagabend ein dringliches Aufnahmefähigkeit richteten. Welche Maßnahmen er gegen die Internationalisierung der Erde durch den Friedensvertrag zu ergreifen gedenkt. Die philologische Abteilung der belgischen Akademie beschloß, die Namen von 12 deutschen und österreichischen Mitgliedern zu kreuzen.

Nach einer Meldung aus Warschau werden zum aktiven Dienst im polnischen Heere jetzt fünf Jahrgänge, 1901 und 1894 bis, jüdisch 1891, eingezogen werden.

Ein Gewissat. Wie die „Daily Chronicle“ aus Johannesburg meldet, wurde am Donnerstag der Kapitän Niesemetter, Kommandant eines deutschen Tauchbootes, an Bord des holländischen Dampfers „Helia“ verhaftet und in London in das Gefängnis gebracht. Kapitän Niesemetter kommandierte gemeinsam mit Kapitän Nieser „U. 56“ und versenkte viele Hospitalsschiffe. Am 24. Mai 1918 lief das U-Boot, durch ein alliiertes Schiff schwer beschädigt, in den Hafen von Santander ein. Die „Verhaftung“ eines deutschen Offiziers an Bord eines holländischen Schiffes ist unter allen Umständen ein schwerer Bruch des Völkerechts, der um so unerhörter ist, als ihn auch keine Kriegsverwendlichkeit mehr entschuldigt.

Geistlicher Stung der Freiwilligenkorps. Im Reichsjustizministerium ist eine Vorlage zum Schutze der Angehörigen der Freiwilligenkorps fertiggestellt worden, die sich gegen den Verstoß des Reichsminister richtet. Die Vorlage, die ja vom Reichswehrminister Klose schon angekündigt worden ist, besteht aus einem einzigen Paragraphen. Aber zum Wohle von Angehörigen der Freiwilligenverbände ausfordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Der Gesetzesentwurf dürfte der Nationalversammlung, sobald es nur angeht, zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Unterstaatssekretärwechsel im Eisenbahnministerium. Der Unterstaatssekretär Franz von Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Eisenbahn-Abteilung) tritt am 1. Juni d. J. von seinem Posten zurück und in den Ruhestand. In seinem Nachfolger ist der bisherige Eisenbahnpräsident in Straßburg i. E. Bodenstein ernannt, der früher in gleicher Eigenschaft in Königsberg i. Pr. tätig war.

Drei neue Oberpräsidenten. Das preussische Staatsministerium hat seine grundsätzliche Zustimmung dazu zu geben, daß das Zentrum einen parlamentarischen Unterstaatssekretär für das Ministerium des Innern stellt. Vorher den Abgeordneten, der dazu ernannt werden wird, steht noch nichts fest. Der frühere Zentrumsgewählte Ministerdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Geheimrat Dr. Wärmeling ist zum Oberpräsidenten von Westfalen ernannt worden. Gleichzeitig beschloß das Ministerium, zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Kabis, der das Amt bereits provisorisch bekleidet, zum Oberpräsidenten von Westpreußen den demokratischen Abgeordneten Bürgermeister Schnadenburg zu ernennen.

Rundschau im Auslande.

Polen: Beteiligung Polens an der deutschen Staatschuld.
Nach Pariser Meldungen wird sich Polen an der Bezahlung der Staatschuld und namentlich Preußens für die als Polen abgetretenen Gebiete in einem entsprechenden Verhältnis beteiligen. Doch wird Polen von der Bezahlung der Anleihen, die für die Rekonstruktion in den von russischen Gebieten bestimmt waren, befreit werden. Polen wird Beiziger der Staatsgüter sowie des Privatbesitzes des deutschen Kaisers und der künftigen Familie werden. Der Wert dieses Vermögens wird von einer Schätzungsmission bestimmt und von der Reichsregierung in den Abzug gebracht werden, die Deutschland schuldet. Die Domänen und Kronrenten fallen folienlos an Polen.

Schweiz: Gegen den Ankauf Boralbergs an die Schweiz.
Es ist sehr fraglich, ob Frankreich und Italien den Ankauf Boralbergs an die Schweiz zustimmen, weil sie nicht gern sehen, daß das Deutschum in der Schweiz eine Beteiligung erhält. Es werden Stimmen laut, daß Frankreich den Ankauf nur gestatten würde, wenn Frankreich der Kanton Neuchâtel und Italien der Kanton Tessin abgetreten wird.

Böden: Die Zurücksetzung des Teufstums durch die Schweiz.
Die tschechische Gewerkschaft in Deutschböhmen ist aus dem Grund gerichtet, die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe zu Gunsten der tschechischen Industrie der Bezahlung der Beiträge der tschechischen Baumwollzentrale, die jetzt ausschließlich von den deutschen Industriellen abgeführt waren, für die deutschen Beiträge nur 41 000 Meier, für die tschechischen aber 370 000 Meier bestimmt. Aus den Beständen des tschechischen Militärs gehalten werden nur tschechische und solche tschechischen mit tschechischen, die sich dem tschechischen tschechischen Gewerbebetriebe angeschlossen haben. Deutschen Firmen wird aber jede Lieferung verweigert.

Ungarn: Tschechische Prägung für Ungarn.
Die Tschechen gehen in Überzeugung gegen die ungarische Arbeiterschaft mit tschechischen Mitteln vor. Wer mit dem ungarischen Sozialismus in irgend welcher Beziehung gehalten hat oder steht, hat tschechische Strafen zu bezahlen. Prägung und Entwertung sind an der Tagesordnung. In Ansehung haben die Tschechen fünf Sozialisten, die an den Arbeiterbewegungen teilgenommen haben, erhängt. Das Vieh und die Lebensmittel wurde der Bevölkerung abgenommen und die Gewalt ausgeübt.

Bereinigten Staaten: Die „New York Tribune“.
Präsident Wilson wird in einer auf den Frieden bezüglichen Botschaft an den Kongress darauf hinweisen, daß die Isolierung Amerikas in der Weltpolitik der Vergangenheit aufhöre. Die Vereinigten Staaten seien ein wesentlicher Bestandteil des internationalen Lebens geworden, nachdem sie nunmehr der gemeinsamen Sache der Völkervereinigung beigetreten seien. Die Vereinigten Staaten seien bereit, die Welt zu einem friedlichen und gerechten Zustand zu bringen. In den parlamentarischen Kreisen Amerikas spricht man bereits von dieser Botschaft als der Wilsons Doktrin.

Der Fall Liebknecht.
Der Reichspräsident im Prozeß Liebknecht-Lugenburg. Das Verfahren gegen die des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg angeklagten Offiziere und Mannschaften ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Die ungemein schweren Strafen, die der Anklagevertreter in seinen Anträgen forderte, haben großes Befremden erregt. Durch die Verweigerung wurde jedoch festgestellt, daß die Banne des Mordes, in dem Liebknecht fortgeführt wurde, nicht künstlich gemacht war; damit war der Hauptverdrachtsgrund gegen die beteiligten Offiziere entfallen. Ebenso wenig hat sich das Gericht davon überzeugen können, daß Oberleutnant Kurt Vogel einen Schuß auf Liebknecht abgegeben hat. Die Angeklagten sind freigesprochen.

Das Gericht hielt es als zweifellos, daß Liebknecht im Tiergarten noch in der Lage war, einen Fluchtversuch zu unternehmen, und nahm an, daß die Offiziere sich berechtigt glaubten, die Schußwaffe zu gebrauchen. Auch hielt es das Gericht nicht für erwiesen, daß Oberleutnant Vogel auf Frau Luxemburg geschossen habe, allerdings hielt es ihn verschiedener Verurteilungen, u. a. erwiderten Nachverbreiten im Felde in Zusammenarbeit mit Begünstigung in Ausübung des Dienstes, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Verletzung einer Verleumdung für schuldig.

Das Urteil.
Nach vereinfachender Beratung verurteilte der Vorsitzende des Kriegsgerichts Mittwoch abend 10 Uhr das Urteil. Es wurden verurteilt:

1. Major A. u. a. wegen Vergehens im Felde, verurteilt zu 10 Jahren in Zuchthaus mit gefährlicher Körperverletzung, unter Mißbrauch seiner Waffe in zwei Fällen, in einem Falle mit erschwerter Nachverbreiten und Gebrauchsmittel von solchen Mitteln zu zwei Jahren Gefängnis, 4 Jahren Exzess und Entfernung aus dem Heere.

2. Leutnant Liepmann wegen Annahme einer Befehlshabens in Verbindung mit Begünstigung zu 8 Wochen Gefängnis in Zuchthaus.

3. Oberleutnant Vogel wegen erschwerter Nachverbreiten im Felde in Zusammenarbeit mit Begünstigung in Ausübung des Dienstes, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Verletzung einer Verleumdung zu 2 Jahren und 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung.

Ferner wird der Angeklagte Liepmann von der weiteren Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes freigesprochen. Angeklagter Vogel wird von der weiteren Anklage der Duldung strafbarer Handlung freigesprochen, des erschweren Nachverbreiten in einem zweiten Falle und des Mordes freigesprochen.

Die Angekl. Kapitänleutnant A. E. Hoff von Flieger-Hartung, Oberleutnant A. E. Hagen, Leutnant A. E. Siege, Leutnant E. Schütz, Hauptmann Hagen von Flieger-Hartung und Hauptmann Franz Weller werden von der Anklage des Mordes bezw. der Begünstigung freigesprochen.

Da eine Berufung gegen das militärgerichtliche Urteil nicht möglich ist, ist der Prozeß mit dem Wahrspruch des Gerichtes erledigt. Er bedarf nur noch der Bestätigung des Reichspräsidenten. Nur noch auf Todesstrafe erkannt wird oder ein Urteil ergibt, daß ein Offizier aus dem Heere ausgeschieden werden soll, mußte früher der Königinseher — also der König von Preußen — die weiteren Bestimmungen treffen. Eine Entscheidung darüber, wie nun steht an Stelle des Königinseher das Befähigungsrecht hat, ist bisher noch nicht gefallen, doch ist anzunehmen, daß die letzten Träger der Regierungsgewalt, also die preussische Staatsregierung, dieses ausüben werden.

Lothales

Nahden, 16.
gelangen vom Nord-Gebirgen zur V. Juni werden.

Nahden, 16.
heutigen Nummer Entkommenen: Minden und Lübbemörsch.

Nahden, 16.
amtlichen Steueranlagenskommission Lübbemörsch unter Leitung, Steueramt weiteres führt den beamteten führt den

Nahden, 16.
Volksrat im 1. Mai, Minister, Minden, der designtionale Montag, 19. Mai, einen Parteitag am Sonntag ein Am Montag der Ballbaum (Neid) und Heißdämpfer (mentarische Tätigkeiten, Vorlesungen, Tagesordnung.

Neue Nachrichten.
langen Nachrichten. Die bish neben noch die Stellung und wer Marken umgesehen findet nur statt, nach demmittelskarenen nachweis, daß e Lebensmittelmarkt haben ist. Vom 1. Brotmarken neuen

Tommenheide.
erreichten die Sp. Nr. 72 geäußert. Markt wieder. Vorträge zu holer durchgeführte Gemeinden die den Räubern ge

Wiedem, 16.
Gefährlich Schreider

Bermörsch.
Auf Grund d. vom 13. Januar d. gen des Reichsfin Einzelpersonen, w ein Verzeichnis i nach einzelnen V. 31. Dezember 191

Die vorgeh der Vermögensver in den Dienstr. Zweigleiteamtes der Magistrat un los zur Verfügung nur auf ein Kosten und in Minden E in Lübbemörsch. Preise von 40 W

Die Frist für die Kreise M für die Kreise M. Für verlängert. namensweise zugest willig, wenn auf lebender Beschäft

Die Vermöge igen sorgfältig auf besondere Eine protokol bezeichnen kann folgt von hieraus auf schriftliches A

Minden, den Steueramt für

Gemeinde.
Wilmann, Brining, Braun, Brune, Böcker, Bredent

Lozales und Provinzielles.

Rahden, 16. Mai. Kunstbühne und Marmelade gelangen zum nächsten Montag ab in den hiesigen Geschäften zur Verteilung. Die Mitglieder des Konsumvereins werden von diesem bedient.

Rahden, 16. Mai. Auf die im Anzeigenteil der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung der Einkommensteuerantragungskommission der Kreise Minden und Lübbecke, betreffend Einreichung der Vermögensverzeichnisse, sei noch besonders hingewiesen.

Rahden, 16. Mai. Die der Leitung des hauptamtlichen Steuerkommissars — Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen — für die Kreise Minden und Lübbecke unterstellte Steuerbehörde führt die Bezeichnung „Steueramt“. Die Geschäftsstelle des bis auf weiteres ständig nach Lübbecke abgeordneten Steuerbeamten führt den Namen „Zweigsteueramt“.

Rahden, 16. Mai. (Parteiliste der deutschen nationalen Volkspartei im 17. Wahlbezirk.) Der Landesverband Künstler, Minden, beide Lippe, Grafschaft Schaumburg der deutschen nationalen Volkspartei hält am kommenden Montag, 19. Mai, in Bielefeld im Hotel Vereinhäuser einen Parteitag ab. Der Hauptantrag lautet: Am Sonntag eine Tagung des Landesarbeiterrats. Am Montag berichten zunächst die Abgeordneten Ballbaum (Reich), Koch (Kreuzen), Breuß (Lippe) und Heidekamp (Schaumburg-Lippe) über ihre parlamentarische Tätigkeit. Sodann stehen Tagesberatungen, Vorstandswahlen und Anträge auf der Tagesordnung.

Neue Reisebrotmarken. Vom 16. Mai ab gelangen Reisebrotmarken neuen Wäblers zur Verwendung. Die bisherigen Reisebrotmarken bleiben daneben noch bis zum 30. Juni d. J. ausschließlich in Geltung und werden bis zu diesem Tage gegen neue Marken umgetauscht. Ein Umtausch nach dem 30. Juni findet nur statt, wenn der Reisende durch einen Lebensmittelkartenabnahmehelfer oder sonstigen Ausweis nachweist, daß er über den 30. Juni hinaus mit Reisebrotmarken statt mit örtlichen Brotmarken versehen ist. Vom 1. Juli ab gelten nur noch die Reisebrotmarken neuen Wäblers.

Lenneheide, 16. Mai. Den Gipfel der Freundschaft erreichen die Epithuben, die bei Rühmeier Nr. 72 gedauert hatten, indem sie in der folgenden Nacht wieder kamen, um den zurückgelassenen Rest der Vorräte zu holen. Die alarmierte Sicherheitswehr durchsuchte gestern unter Mithilfe der benachbarten Gemeinden die Wäldungen, ohne daß eine Spur von den Räubern gefunden werden konnte.

Wiedem, 16. Mai. (Zur Aufklärung.) Der Vater des Christoph Schröder in Wiedem, littet nun um Aufnahme

Vermögensverzeichnisse.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 und den Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers vom 20. März sind alle Einzelpersonen, welche Vermögen besitzen, verpflichtet, ein Verzeichnis ihres gesamten Vermögens getrennt nach einzelnen Bestandteilen nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 anzufertigen.

Die vorgezeichneten Vordrucke zur Aufstellung der Vermögensverzeichnisse stehen den Beteiligten außer in den Diensträumen des Unterzeichneten und des Zweigsteueramtes in Lübbecke auf den Steuerbüros der Magistrate und bei den Gemeindebediensteten kostenlos zur Verfügung. Jeder Beteiligte hat Anspruch nur auf ein kostenloses Exemplar. Weitere Exemplare sind in Minden bei der Firma J. C. C. Bruns und in Lübbecke bei der Buchhandlung Werneburg zum Preise von 40 Pf. das Stück erhältlich.

Die Frist für die Aufstellung der Verzeichnisse wird für die Kreise Minden und Lübbecke bis zum 15. Juni verlängert. Rängere Fristen können nur ausnahmsweise zugestanden werden, gelten jedoch als bewilligt, wenn auf den eingereichten Antrag kein abweichender Bescheid ergeht.

Die Vermögensverzeichnisse sind von den Beteiligten sorgfältig aufzubewahren und dem Unterzeichneten auf besondere Aufforderung einzureichen.

Eine photostatische Aufnahme von Vermögensverzeichnissen kann hier nicht erfolgen. Ebenfalls erfolgt von hieraus keine Vermeidung von Verdruß durch schriftliches Anfordern.

Minden, den 15. Mai 1919.

Steueramt für die Kreise Minden und Lübbecke.

Löner.

folgender Erklärung: Auf die Reize in Nr. 54 des „N. W.“ die Beurteilung der Gemeindefürsorge in Wiedem betreffend ist in Nr. 56 eine Aufklärung von dem Vorstande der Gemeindefürsorge in Wiedem erfolgt, die nicht unüberprüfbar bleiben kann. Ob der tatsächliche Vorgang bei dem gefundenen und unterschlagenen Briefe eine ganz harmlose Angelegenheit gewesen ist, soll nicht untersucht werden. Jedenfalls ist die Sache der Gerechtigkeit überlassen worden und das mit Recht, wie die Beurteilung zeigt. Wenn die Absicht vorlag, den gefundenen Brief bei der Post abzugeben, warum ist dies nicht geschehen? Wie kann der Brief unvorsichtiger Weise in den Händen eines fremden Mannes eine böswillige Absicht in den Blick gefaßt werden, wenn jene Absicht vorgelegt, zumal der Weg zur Post nicht weit war? Der Brief hat die Sache „zufällig“ erfahren und das war so gut. Er hat durchaus nicht die Absicht gehabt, die Schwelger vor Gericht zu bringen und sie einen Mord anzuhängen; es wird bemerkt, daß die ganze Angelegenheit erst auf gut Glück Wege geregelt werden sollte. Da aber die Schwelger dazu nicht zu bewegen war, wurde die Sache dann bei der Gerechtigkeit durch die Anwaltschaft anhängig gemacht. Nach diesem durch die nicht ungeschicklich übertrieben werden können! Hr. Schröder Nr. 93. Wiedem.

Donaufeld, 8. Mai. Als zum Jahre 1819 bestand in der Stadt Minden an der Elbe (Kriegsministerium Donauefeld) eine kleine Universität, die in dem genannten Jahre aufgelöst wurde, weil ihre Besuchszahl einen allzu geringen Tiefstand erreichte hatte und weil für Hannover die eine Universität Göttingen genügt. (Die Stadt Minden war im Jahre 1815 durch den Wiener Kongress Hannover zugesprochen; vorher war sie abwechselnd holländisch, preussisch und französisch gewesen.) Der „Donau-Elbe-Album“ erwähnt die Universität Minden zum letzten Male im Jahre 1820 und zählt als ihren letzten Vorkämpfer 5 Professoren auf, die in Rechtswissenschaft, Medizin, Philosophie, Geschichte und „Literaturwissenschaft“ zu unterrichten hatten. Die theologische Fakultät, die früher dort vorhanden war, hatte trotz der Auflösung zu irgendeiner Zeit einzeln gelebt. Die Hochschule hatte im Jahre ihrer Auflösung volle 121 Jahre bestanden; im Jahre 1697, als Minden holländisch war, vom Prinzen Wilhelm von Oranien ins Leben gerufen, diente sie zunächst zur Ausbildung von Philosophen und reformierten Theologen. Minden ist zu allen Zeiten eine kleine Universität geblieben; sie brachte es in ihrer Blütezeit auf höchstens 56 bis 60 Studenten. In der Franzosenzeit (1808–13) waren jährlich noch nicht einmal 10 Studenten immatrikuliert.

Aus Stadt und Land.

Keine Ferienfischer nach Ost- und Westpreußen. Die Entsendung von Ferienfischern aus dem Westen nach den Provinzen Ost- und Westpreußen sowie den Ostseeprovinzen wurde abgelehnt, da wegen der jetzigen unruhigen politischen Lage von einer umfangreichen staatlichen Organisation wie in früheren Jahren abgesehen werden muß.

Bekanntmachung.

Bei einem verendeten Pferde der Witwe Rosen-garten in Salderm Nr. 2 ist Holz festgestellt worden.

Dielingen, den 13. Mai 1919.

Der Amtmann. Zell.

Bekanntmachung.

Um die bei Rückkehr unserer Kriegsgefangenen sich bietende Gelegenheit auszunutzen, über das Schicksal der Vermögenden Aufklärung zu erhalten, werden die Angehörigen der Vermögenden gebeten, eine einfache Postkarte (nicht Brief oder Liste) mit folgendem Inhalt abzugeben:

Anschreifeite:

An das
Zentral-Nachweis-Büro des Kriegsministeriums
Berlin N. W. 7
Dorotheenstrasse 48

Angabe der Adresse des Abwesenden.

Rückseite:

Angabe des Truppendienstes, der Komp. u. f. w., des Dienstgrades, Namens, Vornamens, Geburtsortes und Geburtsortes des Vermögenden und Tag und Ort des Vermögenden (deutliche Schrift, ohne weitere Zusätze).

Bezirkskommando Minden.

Bekanntmachung.

Die Dienststunden beim Bezirkskommando Minden sind vom 13. Mai ab bis auf weiteres von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags festgesetzt.

Bezirkskommando Minden.

Der Kommunist Lehtne-Rissen ist Dienstag nacht in der Wohnung einer Frau in der Schneckenburger Straße im Wändener Stadtteil Delbühren durch fünf Offiziere des Artillerie-Regiments verhaftet worden. Auf seine Verhaftung ist eine Anzeige von gestandenen Mord ausgeht. Er führte einen falschen Paß bei sich. Lehtne wollte Donnerstag im Auto Wänden verlassen. Durch Mitteleinstellung erhielt die Militärbehörde Kenntnis hiervon und konnte so die Festnahme des beschuldigten Kommunisten veranlassen.

Großfeuer in den Wändener Krapp-Werten. Durch Brandstiftung entstand in Wänden ein Schadenfeuer auf den Krappischen Grundstückslücken, die schon am 30. April und 1. Mai durch Artilleriefeuer getroffen hatten; der Brandschaden wird auf 150 000 bis 200 000 Mark geschätzt.

Ein Hochdruckgebiet in der Luft geflogen. Der Altonaer „Hochdruck-„Panzer“ ist 35 Meilen westlich von Delbühren auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Die Befahrung ist außer zwei Delbühren und einem Regimenter gestört.

Eisenbahnunfall. Auf Bahnhof Eggerbed in Schleswig-Holstein überfuhr ein Güterzug das auf halt stehende Einfahrtsignal und stieß mit einer Rangierabteilung zusammen. Getötet sind zwei Zugbeamte und ein Beiwagenführer; verletzt sind weitere drei Zugbeamte und ein Beiwagenführer.

Marschall hoch in Mainz. Der Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte General Foch trat am Dienstag abend in Mainz ein, wo er von General Mangin und den übrigen französischen Behörden empfangen wurde. Auf der Fahrt nach seiner Wohnung bildeten die Truppen Spalier. Abends fand Foch ein feierliches Begrüßungsessen. General Foch wird zwei Tage in Mainz bleiben. Später wird er nach Paris fahren, wo ein feierlicher Empfang stattfinden wird, dann einen Ausflug nach dem Taunus unternehmen und später zu Schiff nach Koblenz fahren.

Der Kampf gegen den Bolschewismus in der Schweiz. Wie die Blätter melden, hat die Unterchristenversammlung für die Bundesversammlungsintride gegen den Bolschewismus das geistliche Bündnis von 50 000 Unterchristen stark übergriffen. Das Volk verlangt energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus in der Schweiz.

Kleine Nachrichten.

Eine Verleumdung von 223 Heereskraftwagen in Hanau ergab die enorme Summe von rund 1 300 000 Mk.

Der Verleumdungszustand über Wiedem ist aufgehoben.

In dem Betrieb der Erbothbränerlei von Rutschmann in Aachen sind worden durch ein Hochfeuer große Vorräte an Trockengemüse und der gesamte Vorrat der Brauerei zerstört. Der Schaden beläuft sich auf 1 Million Mark.

Von der belgischen Armee befinden sich noch 210 000 Mann unter den Waffen, 115 000 Mann sind bereits demobilisiert.

Mittwoch, den 21. ds. Mts., nachm. 4 Uhr läßt die Witwe Wagenmacher hohndet 206 Rahden im Teiche

1 Posten Speichen, Felgen, Pföste, 1 Hebelade, 1 große Säge und sonstiges Handwerksgehirn

meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Rahden, 16. Mai 1919.

Hoppe.

Donnerstag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 Uhr,

beim Gastwirt Tade Wehe werde ich die zur Konkursmasse Gertling Wehe gehörige

Befizung,

bestehend aus neuen, massiven Gebäuden, 8 1/2 Morgen Acker

und die

Sägewerksanlage

bestehend aus Motor und Sägegatter getrennt oder zusammen nochmals zum Verkauf aussetzen und wollen sich Käufer einfinden.

Rahden, 16. Mai 1919.

Hoppe.

Rahden i. Westf., den 12. Mai 1919.

Auf Grund des Artikels 1 der Verordnung über Sonntagsruhe im Handels-Gewerbe, halten nachstehend aufgeführte Firmen ihre Geschäfte geschlossen:

Altman, Robert
Aminag, Friedrich
Braun, Ernst
Brune, Carl
Böcker, Christian
Bredenkötter, Hrch.

Consum-Verein
Dreier, August
Fischer, August
Fischer, Friedrich
Grah, Georg
Heinrich, Oskar

Hilfmann, Georg
Imhäuser, Wilhelm
Kaiser, Carl
Kienbaum, Herm.
Kloedenring, Louis
Koch, Theodor
Kollhoff, Hermann

Koschnowski, Bwe.
Lammers, August
Lange, Feik
Lindemann, Heinr.
Lüding, Christian
Mollkämper, Carl
Oppenheim, Daniel

Oetgies, Heinrich
Plate, Wilhelm
Schierbaum, Herm.
Schönauer, August
Spengemann, Bw.
Spengemann, Fei.

Steidle, Heinrich
Tade, Heinrich
Vogel, Anna
Vogel, Hermann
Wiegmann, Herm.
Zierenberg, Ernst
Zur Heide, Wilhelm

Wir nehmen

Zeichnungen

auf die mündelsicheren

4% Westfälischen Provinzial-Schuld-Verschreibungen

VI. Ausgabe
zum Vorzugskurse von 94.70 % entgegen.

Amts-Sparkasse

Rahden.

Landwirtschaftl. Verein in Barl
nimmt noch Mitglieder aus Barl und Barl-
heide auf. Sämtliche Mitglieder können jetzt
regelmäßig mit künstl. Dünger beliefert werden.

**Landwirtschaftlicher
Arbeiterverein, Rahden.**

Sonntag, den 18. Mai
Begrüßungsfeier
der heimgekehrten Krieger bei Wirt
Wilhelm Wiegmann-Kleinendorf.

Der Vorstand.

Verein „Edelweiß“ Siethorst
feiert am

Sonntag, den 18. Mai
beim Gastwirt Wagenfeld-Siethorst sein
diesjähriges

Sommer-Vergnügen
wozu freundlichst einladet

der Vorstand.

Fahrräder können sicher aufbewahrt werden.

Saatlupinen!

Bestellungen auf Lupinen, anerkannte
Saat, nimmt entgegen

August Büntemann,
Lübbecke.

Bestellungen können schriftlich aufgegeben werden.

Deutsche Nationalbank
Agentur Rahden
Herrn. Wiegmann.

Annahme von Spareinlagen
und
Errichtung von Scheckkonten

Größte Sicherheit und strengste Verschwiegenheit
nach wie vor gewährleistet.

Sozialdemokratischer Wahlverein,
Ortsgruppe Rahden.

Sonntag, den 18. d. M., nachm. 2 Uhr
Versammlung
im Hotel Braun.

Vortrag des Genossen Herrn Lehrer Vollmann-Vielefeld
über:

„Die nationale Einheitschule und ihre sozial-
pädagogische Bedeutung“.

Es werden hierzu die hiesigen Herren Lehrer
eingeladen.

Der Vorstand.

Lichtspiel-Theater Rahden.

Sonntag, den 18. d. Mts.
im
Schwetmannschen Saal
Nachm. 4 Uhr:

Kinder- u. Familienvorstellung
abends 7 1/2 Uhr:

Vorstellung nur für Erwachsene

Programm:

„Der Kampf ums Erbe“
Drama in 3 Akten.

„Wenn die Not am größten“
Drama in 2 Akten.

„Das Vermächtnis“
Drama in 3 Akten.

„Baters Zylinder“
humoristisch

„Die Tochter des Goldgräbers“
Wild-West Drama.

„Leo auf der Hochzeitsreise“
humoristisch

Der Unternehmer: Fritz Dieckmann.

Preis der Plätze wie bekannt!

Suche für meine Zementwarenfabrik 2-3 tüchtige

Dachsteinschläger

gegen hohen Lohn. — Eisenbahnfahrt wird vergütet.

F. Fieffück, Fr. Ströhen,
Zementwarenabteilung.

**Kaufe
jeden
Posten**

Kühen, Waidhühner, Birkhühner, Kiebitz-
eier, Kaninchen, Fühner, Hühner, Enten,
Puter, Tauben, Fiedelkammer (Wade) zum
höchsten Tagespreise.
Ausfänger gesucht.

Julius Cantor Osnabrück
Hafenstraße 29. — Fernruf 1870.

ACHTUNG!

Wichtig für Rohprodukthändler!
Zahle für Lumpen, Neutuch, Wollab-
fälle, Eisen, Häute, Felle, sowie sämtliche
Rohprodukte, Tierbehaare u. Metalle die
höchsten Preise. Preisangebote bitte ein-
zuholen. Komme selbst zur Abnahme.

Heinrich Schreiber, Osnabrück,
Bischopstr. 7. Telefon 1559.

BAD- ERÖFFNUNG

Montag, den 19. Mai

H. Knolle,
Bad Fiestel.

Zahle für



**Schlacht-
Werbe**
die höchsten Preise. Bei
Motschlachtungen schnellste
Erledigung.
F. M. Böcker, Nienburg a. Weser.
Fernsprecher Nr. 181

Emaill- Waren! Kochtöpfe

mit und ohne Ring
in allen Größen.

**Wannen,
Kessel,
Eimer.**

Ernst Zierenberg.

Einen gut erhaltenen,
fast neuen

Ofen,

eine gute

Kochmaschine,

1 Nähmaschine
und
1 großen Topf
(100 Liter) zu verkaufen.
Nachfragen in der Ex-
pediton dieses Blattes.

Ich zahle
für Rind-,
Kalb- und
Ziegen-
Felle
die höchsten
Tagespreise.

N. Lindemann,
Schlachter,
Rahden i. Westf.
Telef. 25.

**Eine 3-4 Zimmer-
Wohnung**
für sofort resp. später von
einem Ehepaar zu mieten
geht.

Angebote an die Ex-
pediton dieses Blattes.

Eingetroffen:

**prima Zitronen,
Sugra-Feigen**
gemischt mit 20% Kirschen,
täglich frisch gelieferte

**prima Spargel,
holländ. Zwiebeln**
(Kantonsalotten),
prima Kohlrabar, rote
Beete, Porree, Meer-
rettich, holländisches
Frühgemüse.

Carl Ulbricht,
Donabrid, Telef. 1441
Wiedervertreter, Groß-
abnehmer Vorzugpreise.
Prima Referenzen.

Witwer mit Kinder, Land-
wirt guter Beschäftigung, sucht
auf gleich oder später Be-
schäftigung mit einer Dame
oder Witwe, mit einem Kind
nicht ausgeschlossen, zwecks

Seirat.

Alter 35 bis 45 Jahre.
Offerten erbeten an die
Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht wird auf sofort
oder später ein tüchtiger

Tischler- Geselle.

Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Pergament-Papier
vorhandig bei

E. Kosynowski Wwe.

Für Kurgäste ist schön möbl.
Zimmer mit zwei Betten,
Straßenfront, zu vermieten
bei Frau Bentler, Bad Pyrmont,
Schulstr. 17, 2. Etg. links.

Für Kranke!

Süße Apfelsinen,
Limonen,
Terminol-Tabletten
und Roh-Kaffee.

Empfehle zugleich
feinstes

Sauer- kraut.

L. Bramkamp,
Diepenau.

Ra

Erscheint wöchen-
tlich am Dienstag
Sonntags und
vierteljährlich:
träger zugestellt

Druck und Verlag

Nr. 60.

Die

Wissen ver-
Je näher de-
die Entente die
Selbstmordvertrag
lustiger gebildet
den die Pariser
jede neue Konjess
Die Frist für die
Augenblicke der
lierten auf die
acht Tage fest-
reiten für den
projekt zur Ueber-
fall der Belgier
die Alliierten alle
alliierte Kriege
Mächte vertreten
in Bernanens,
als Vertreter Sta-
sch mit der Aus-
jes für ein be-
Die Bef-
Am Trianon
neue Beratung d-
uvers statt. Gen-
gischen Befähigung
— Die Agentur
an die Abheinf-
Juwangsmahm
den Friedensvertr-
Trotzung
Für den Ge-
dingungen droher-
lichen Juwangsm-
fährt, daß außer
regeln, die man
Friedensvertrag
sen hat, auch in
den, die Wieder-
schäfften Form
seits hat der Ob-
daß die Blockade
Friedensvertrages
es Deutschland
mungen des W-
st, wie der eug-
tliche Angelegen-
megegen Monar-
der Deutschen mit
jungen, die für
katten Feinde
Lebensmittelver-
aufzutreten. Er
Waffe der All-
Deutschen die
ben, sofort auf
Die militärische
Die Entente
getroffen, um
Druck auszuüben
im Unterhause,
ihre Vorbereitung
Das

Der städtische
der Rathst. zur
nem Verbot her-
setzen und Jage
Abstand nehmen
Wirtswart durch-
pächtere herbelge-
aufgeregte Frau
zur andern; alle
Luft und dazwi-
rücks der Dami-
Einwas abf-
sch zwei Damen:
trone und ein
„Wollen wir
sagte die Äftere
wie Sie quartier
ist, glaube ich, a
„Noch einen
Wollet Abon-
„Mangaitra“; da-
vor uns abfähr-
Die gutmü-
junge Mädchen
begaben sie sich
hätteren unteren